



Herbstprognose: Konjunkturoptimismus und altes Denken

Die Forschungsinstitute haben ihre Gemeinschaftsdiagnose vorgestellt. Für die Weltkonjunktur wird eine vorsichtig optimistische Einschätzung gegeben. Ein Rückfall in die Krise wird nicht erwartet. Deutschland befindet sich in einem außerordentlichen Exportboom. 2011 soll das Wachstum zwar deutlich geringer ausfallen, dafür soll der Aufschwung erheblich an Breite gewinnen. Bei den wirtschaftspolitischen Empfehlungen greifen die Institute tief in die Mottenkiste. Als hätte es keine Krise und fulminantes Marktversagen gegeben, verfolgen sie weiterhin ihre alten Positionen und Rezepte. Die Kürzungsvorschläge der Bundesregierung gehen ihnen noch nicht weit genug.

Prognosen eilen realer Entwicklung hinterher

Die Institute haben mit ihren Prognosen oft daneben gelegen. Bereits die dramatische weltweite Wirtschaftskrise kam in den Prognosen nicht vor. Noch im Frühjahr wurde von den Instituten für 2010 ein Wachstum der Wirtschaftsleistung um preisbereinigt 1,5 Prozent erwartet. In ihrem Herbstgutachten wird nun eine Steigerung von 3,5 Prozent vorausgesagt.

Wie viele andere auch hatten die Institute eine derart kräftige und schnelle Erholung nicht erwartet. Erst nach dem starken Wachstum im zweiten Quartal um 4,1 Prozent wurden reihenweise die Prognosen angehoben. Inzwischen liegen alle Institute mit ihren Prognosen sehr eng beieinander. Schon im Jahresverlauf zeigt sich allerdings eine Abschwächung des Wachstums. So erwarten die Institute für **2011 noch eine Zunahme um zwei Prozent**.

Weltwirtschaft: kräftiges Wachstum nur in den Schwellenländern

Vor allem in **Europa**, dem wichtigsten Absatzmarkt für deutsche Produkte, sehen die Konjunkturaussichten eher verhalten aus. Kräftige Kürzungen in allen öffentlichen Haushalten, noch nicht überwundene Folgen der Finanzmarktkrise und wieder zunehmende Ungleichgewichte dämpfen die Entwicklung. **Die radikalen Kürzungen der öffentlichen Haushalte machen 2011 1,6 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung aus**. Unter diesen Bedingungen ist eine dynamischere Entwicklung praktisch unmöglich.

In den **USA** und **Japan** wachsen die **Konjunktursorgen**. Nach einer schnellen und kräftigen Erholung ist die wirtschaftliche Entwicklung ins Stocken geraten. Das Ende der Konjunkturhilfen könnte die Situation noch

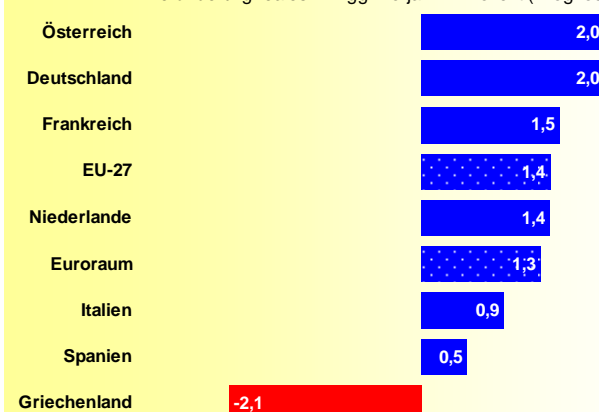
einmal verschärfen. Japan ist wieder in die Deflation zurückgefallen die Kerninflationsrate beträgt inzwischen -1,5 Prozent.

Viele **Schwellenländer** bleiben auch mittelfristig ein stabiler Absatzmarkt. China hat die Krise längst überwunden. Wenn auch in diesen Ländern konjunkturelle Rückschläge nicht völlig auszuschließen sind, so wird der Prozess der Industrialisierung doch weitergehen. Alleine können sie aber die Rolle einer Lokomotive für die Weltkonjunktur noch nicht einnehmen.

Insgesamt ist die Einschätzung der Institute für die Weltwirtschaft verhalten optimistisch. Die stürmische Erholung nach der Krise verlangsamt sich, doch ein „double dip“, ein erneuter Rückfall in die Rezession, wird nicht erwartet. Das deckt sich mit der Einschätzung der IG Metall. Doch sind die Risiken in den letzten Wochen eher gewachsen: immer mehr Länder setzen auf die **Abwertung ihrer Währungen**. Der Euro hat bereits deutlich an Wert zugelegt. Massive Währungsturbulenzen wären eine erhebliche Bedrohung für die Erholung der Weltwirtschaft.

Schwache Wirtschaftsentwicklung 2011 in Europa

Veränderung reales BIP gg. Vorjahr in Prozent (Prognose GD)



Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbstgutachten

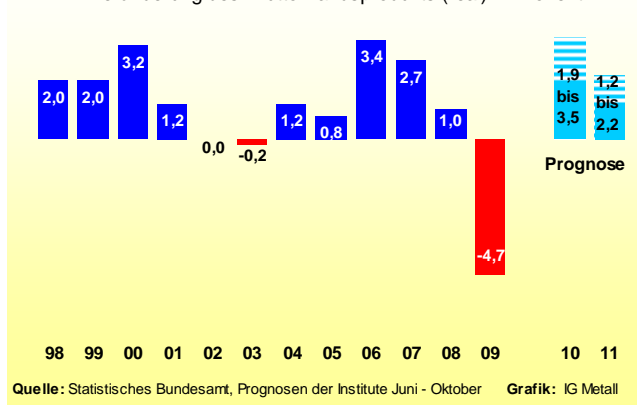
Grafik: IG Metall

Deutschland im Exportrausch

Die rasant wachsenden **Exporte** treiben derzeit, neben dem Auffüllen der Lager und der öffentlichen Nachfrage, die wirtschaftliche Entwicklung. Sie steigen nach der Prognose in diesem Jahr preisbereinigt um 15,3 Prozent und nächstes Jahr um 7,1 Prozent. Damit würden die Vorkrisenwerte bereits wieder deutlich übertroffen. Besonders die boomende Nachfrage aus Ostasien beflügelte die Ausfuhren: **im ersten Halbjahr 2010 stiegen die Exporte nach China um ein Drittel!** Zwar wachsen auch die Importe, aber deutlich langsamer. So steigt der Außenhandelsüberschuss in diesem Jahr kräftig an. Der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) wird 1,2 Prozentpunkte des gesamten Wachstums ausmachen.

Nach kräftigem Wachstumsimpuls Abschwächung im nächsten Jahr

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) in Prozent

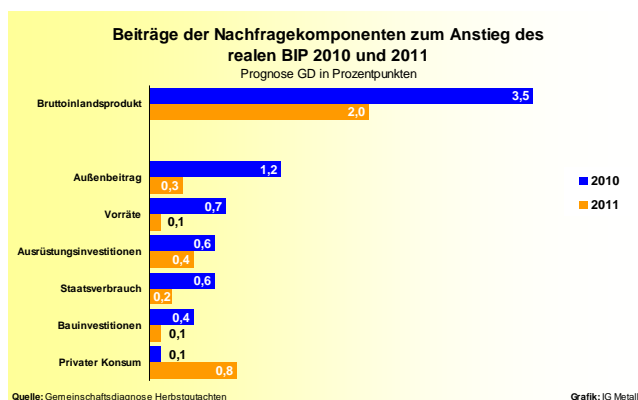


Nachhaltige Entwicklung ungewiss

Die Institute erwarten, dass der Aufschwung im kommenden Jahr vor allem **von der Binnennachfrage getragen** wird. Damit würden sich die weltwirtschaftlichen Risiken erheblich verringern und der Aufschwung stabilisieren. Doch diese Prognose steht auf tönernen Füßen.

Zwar wird mit zunehmender Beschäftigung die Lohnsumme steigen, ohne ein Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und des Niedriglohnbereichs insgesamt dürfte der Impuls für die Nachfrage aber schwach bleiben. Zusätzlich drohen politische Vorhaben wie die Gesundheitsreform oder die Arbeitsmarktpolitik die **Masseneinkommen** (Nettolöhne und Gehälter, Sozialleistungen) weiter **zu schwächen**.

Die Masseneinkommen sollen um 1,4 Prozent steigen. Bei einer Preissteigerung von 1,6 Prozent würden sie real schrumpfen. Zwar nimmt das verfügbare Einkommen durch die **stärker steigenden Einkommen aus Vermögen und Gewinnen** um 2,8 Prozent zu, doch aus diesen Einkommen wird viel in die Ersparnis fließen. Ein erwarteter Anstieg der **privaten Konsumausgaben** um 1,4 Prozent ist so kaum zu erreichen.



Politikempfehlung der Institute: marktradikaler Rückschritt

Bei den Politikempfehlungen fallen die Institute in alte Dogmen zurück, als hätte es die Erfahrung massiven Marktversagens aus der Krise nicht gegeben:

- Das **Kürzungspaket** der Bundesregierung von über 80 Milliarden Euro, bei dem die Kosten der Krise auf Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner abgewälzt werden sollen, geht den Instituten noch nicht weit genug.
- Auch auf europäischer Ebene reicht ihnen eine geplante Verschärfung der europäischen Verschuldungsregeln nicht aus. Versuche, durch eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik Ungleichgewichte zu verringern, **werden als dirigistische Staatseingriffe** dagegen strikt abgelehnt.
- Zwar sollen in der **Steuerpolitik** untere Einkommen entlastet werden, aber auf der anderen Seite sollen die Steuern für Unternehmen weiter gesenkt werden. Vor allem eine Senkung der Gewerbesteuer würde die ohnehin dramatische Finanzlage der Kommunen weiter verschärfen. Neue Einschnitte ins soziale Netz wären zur Finanzierung solcher „Wohltaten“ unabdingbar.
- Zwar reichen den Instituten die neuen Eigenmittelvorschriften für Banken (Basel III) noch nicht aus, aber **konkrete Vorschläge für eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte** fehlen im Gutachten völlig.

Ohne Kurswechsel keine stabile Entwicklung

Wir brauchen eine andere Wirtschaftspolitik. Nicht die Marktkräfte, sondern gezielte politische Steuerung hat dazu geführt, die massive Krise zu überwinden. Deshalb ist es falsch, wie vor der Krise weiter zu machen. Ein Kurswechsel ist nötig.

Die **IG Metall** fordert eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte, ein gerechtes Steuersystem, mehr öffentliche Investitionen statt Kürzungen der sozialen Leistungen und ein Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Ein solches Programm steht für ein besseres Leben und eine wirtschaftliche Stärkung der Binnennachfrage. So würde die unerwartet kräftige Erholung, die noch auf wackeligen Füßen steht, deutlich stabilisiert.